

## **Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten**

Abgeschlossen in Strassburg am 1. Februar 1995  
Von der Bundesversammlung genehmigt am 21. September 1998<sup>2</sup>  
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 21. Oktober 1998  
In Kraft getreten für die Schweiz am 1. Februar 1999

---

### *Die Mitgliedstaaten des Europarats*

*und*

*die anderen Staaten, die dieses Rahmenübereinkommen unterzeichnen,*

in der Erwägung, dass es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu wahren und zu fördern;

in der Erwägung, dass eines der Mittel zur Erreichung dieses Zieles in der Wahrung und in der Entwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten besteht;

in dem Wunsch, die Wiener Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats vom 9. Oktober 1993 in die Tat umzusetzen;

entschlossen, in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet das Bestehen nationaler Minderheiten zu schützen;

in der Erwägung, dass die geschichtlichen Umwälzungen in Europa gezeigt haben, dass der Schutz nationaler Minderheiten für Stabilität, demokratische Sicherheit und Frieden auf diesem Kontinent wesentlich ist;

in der Erwägung, dass eine pluralistische und wahrhaft demokratische Gesellschaft nicht nur die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität aller Angehörigen einer nationalen Minderheit achten, sondern auch geeignete Bedingungen schaffen sollte, die es ihnen ermöglichen, diese Identität zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und zu entwickeln;

in der Erwägung, dass es notwendig ist, ein Klima der Toleranz und des Dialogs zu schaffen, damit sich die kulturelle Vielfalt für jede Gesellschaft als Quelle und Faktor nicht der Teilung, sondern der Bereicherung erweisen kann;

in der Erwägung, dass die Entwicklung eines toleranten und blühenden Europas nicht allein von der Zusammenarbeit zwischen den Staaten abhängt, sondern auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unter Achtung der Verfassung und der territorialen Unversehrtheit eines jeden Staates bedarf;

im Hinblick auf die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten<sup>3</sup> und der Protokolle<sup>4</sup> dazu;

### **SR 0.441.1**

<sup>1</sup> Übersetzung des französischen Originaltextes (RO 2002 2630).

<sup>2</sup> AS 2002 2629

<sup>3</sup> SR 0.101

<sup>4</sup> SR 0.101.06/.07/.09

im Hinblick auf die den Schutz nationaler Minderheiten betreffenden Verpflichtungen, die in Übereinkommen und Erklärungen der Vereinten Nationen und in den Dokumenten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere dem Kopenhagener Dokument vom 29. Juni 1990, enthalten sind;

entschlossen, die zu achtenden Grundsätze und die sich aus ihnen ergebenden Verpflichtungen festzulegen, um in den Mitgliedstaaten und in den anderen Staaten, die Vertragsparteien dieser Übereinkunft werden, den wirksamen Schutz nationaler Minderheiten sowie der Rechte und Freiheiten der Angehörigen dieser Minderheiten unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der territorialen Unversehrtheit und der nationalen Souveränität der Staaten zu gewährleisten;

gewillt, die in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze mittels innerstaatlicher Rechtsvorschriften und geeigneter Regierungspolitik zu verwirklichen,

*sind wie folgt übereingekommen:*

## **Abschnitt I**

### **Art. 1**

Der Schutz nationaler Minderheiten und der Rechte und Freiheiten von Angehörigen dieser Minderheiten ist Bestandteil des internationalen Schutzes der Menschenrechte und stellt als solcher einen Bereich internationaler Zusammenarbeit dar.

### **Art. 2**

Dieses Rahmenübereinkommen ist nach Treu und Glauben, im Geist der Verständigung und Toleranz und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen guter Nachbarschaft, freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten anzuwenden.

### **Art. 3**

<sup>1</sup> Jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht; aus dieser Entscheidung oder der Ausübung der mit dieser Entscheidung verbundenen Rechte dürfen ihr keine Nachteile erwachsen.

<sup>2</sup> Angehörige nationaler Minderheiten können die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, einzeln sowie in Gemeinschaft mit anderen ausüben und genießen.

## Abschnitt II

### Art. 4

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf gleichen Schutz durch das Gesetz zu gewährleisten. In dieser Hinsicht ist jede Diskriminierung aus Gründen der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verboten.

<sup>2</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, erforderlichenfalls angemessene Massnahmen zu ergreifen, um in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens die vollständige und tatsächliche Gleichheit zwischen den Angehörigen einer nationalen Minderheit und den Angehörigen der Mehrheit zu fördern. In dieser Hinsicht berücksichtigen sie in gebührender Weise die besonderen Bedingungen der Angehörigen nationaler Minderheiten.

<sup>3</sup> Die in Übereinstimmung mit Absatz 2 ergriffenen Massnahmen werden nicht als Diskriminierung angesehen.

### Art. 5

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Bedingungen zu fördern, die es Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität, nämlich ihre Religion, ihre Sprache, ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe, zu bewahren.

<sup>2</sup> Unbeschadet der Massnahmen, die im Rahmen ihrer allgemeinen Integrationspolitik getroffen werden, sehen die Vertragsparteien von Zielsetzungen oder Praktiken ab, die auf die Assimilierung von Angehörigen nationaler Minderheiten gegen deren Willen gerichtet sind, und schützen diese Personen vor jeder auf eine solche Assimilierung gerichteten Massnahme.

### Art. 6

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien fördern den Geist der Toleranz und des interkulturellen Dialogs und treffen wirksame Massnahmen zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Verständnisses sowie der Zusammenarbeit zwischen allen in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Menschen, unabhängig von deren ethnischer, kultureller, sprachlicher oder religiöser Identität, und zwar insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien.

<sup>2</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, geeignete Massnahmen zu treffen, um Menschen zu schützen, die wegen ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität diskriminierenden, feindseligen oder gewalttätigen Handlungen oder der Androhung solcher Handlungen ausgesetzt sein können.

### Art. 7

Die Vertragsparteien stellen sicher, dass das Recht aller Angehörigen einer nationalen Minderheit, sich friedlich zu versammeln und sich frei zusammenzuschliessen,

sowie ihr Anspruch auf freie Meinungsäußerung und auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit geachtet werden.

### **Art. 8**

Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, dass jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihre Religion oder Weltanschauung zu bekunden sowie religiöse Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen zu gründen.

### **Art. 9**

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, dass das Recht jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, auf freie Meinungsäußerung die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen in der Minderheitensprache ohne Eingriffe öffentlicher Stellen und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen einschliesst. Die Vertragsparteien stellen im Rahmen ihrer Rechtsordnung sicher, dass Angehörige einer nationalen Minderheit in Bezug auf ihren Zugang zu den Medien nicht diskriminiert werden.

<sup>2</sup> Absatz 1 schliesst nicht aus, dass die Vertragsparteien Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen einem Genehmigungsverfahren ohne Diskriminierung und auf der Grundlage objektiver Kriterien unterwerfen.

<sup>3</sup> Die Vertragsparteien hindern Angehörige nationaler Minderheiten nicht daran, Printmedien zu schaffen und zu nutzen. Innerhalb des gesetzlichen Rahmens für Hörfunk und Fernsehen stellen sie soweit wie möglich und unter Berücksichtigung des Absatzes 1 sicher, dass Angehörigen nationaler Minderheiten die Möglichkeit gewährt wird, eigene Medien zu schaffen und zu nutzen.

<sup>4</sup> Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Rechtsordnung angemessene Massnahmen, um Angehörigen nationaler Minderheiten den Zugang zu den Medien zu erleichtern sowie Toleranz zu fördern und kulturellen Pluralismus zu ermöglichen.

### **Art. 10**

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, dass jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihre Minderheitensprache privat und in der Öffentlichkeit mündlich und schriftlich frei und ungehindert zu gebrauchen.

<sup>2</sup> In Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten traditionell oder in beträchtlicher Zahl bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien, sofern die Angehörigen dieser Minderheiten dies verlangen und dieses Anliegen einem tatsächlichen Bedarf entspricht, soweit wie möglich die Voraussetzungen dafür sicherzustellen, dass im Verkehr zwischen den Angehörigen dieser Minderheiten und den Verwaltungsbehörden die Minderheitensprache gebraucht werden kann.

<sup>3</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, das Recht jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, zu gewährleisten, in möglichst kurzer Frist in einer ihr verständlichen Sprache über die Gründe ihrer Festnahme und über die Art und den

Grund der gegen sie erhobenen Beschuldigung in Kenntnis gesetzt zu werden sowie sich in dieser Sprache, erforderlichenfalls unter unentgeltlicher Beiziehung eines Dolmetschers, zu verteidigen.

### **Art. 11**

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, dass jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihren Familiennamen (Vaternamen) und ihre Vornamen in der Minderheitensprache zu führen, sowie das Recht auf amtliche Anerkennung dieser Namen, wie dies nach der Rechtsordnung der jeweiligen Vertragspartei vorgesehen ist.

<sup>2</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, dass jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, für die Öffentlichkeit sichtbar Schilder, Aufschriften und Inschriften sowie andere Mitteilungen privater Art in ihrer Minderheitensprache anzubringen.

<sup>3</sup> In Gebieten, die traditionell von einer beträchtlichen Zahl von Angehörigen einer nationalen Minderheit bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Rechtsordnung, einschliesslich eventueller Übereinkünfte mit anderen Staaten, und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Gegebenheiten, traditionelle Ortsnamen, Strassennamen und andere für die Öffentlichkeit bestimmte topographische Hinweise auch in der Minderheitensprache anzubringen, wenn dafür ausreichende Nachfrage besteht.

### **Art. 12**

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien treffen erforderlichenfalls Massnahmen auf dem Gebiet der Bildung und der Forschung, um die Kenntnis der Kultur, Geschichte, Sprache und Religion ihrer nationalen Minderheiten wie auch der Mehrheit zu fördern.

<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang stellen die Vertragsparteien unter anderem angemessene Möglichkeiten für die Lehrerausbildung und den Zugang zu Lehrbüchern bereit und erleichtern Kontakte unter Schülern und Lehrern aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

<sup>3</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Chancengleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten beim Zugang zu allen Bildungsstufen zu fördern.

### **Art. 13**

<sup>1</sup> Im Rahmen ihres jeweiligen Bildungssystems erkennen die Vertragsparteien an, dass Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht haben, eigene private Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu gründen und zu betreiben.

<sup>2</sup> Die Ausübung dieses Rechts bringt für die Vertragsparteien keine finanziellen Verpflichtungen mit sich.

**Art. 14**

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, dass jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihre Minderheitensprache zu erlernen.

<sup>2</sup> In Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten traditionell oder in beträchtlicher Zahl bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien, wenn ausreichende Nachfrage besteht, soweit wie möglich und im Rahmen ihres Bildungssystems sicherzustellen, dass Angehörige dieser Minderheiten angemessene Möglichkeiten haben, die Minderheitensprache zu erlernen oder in dieser Sprache unterrichtet zu werden.

<sup>3</sup> Absatz 2 wird angewendet, ohne dass dadurch das Erlernen der Amtssprache oder der Unterricht in dieser Sprache berührt wird.

**Art. 15**

Die Vertragsparteien schaffen die notwendigen Voraussetzungen für die wirksame Teilnahme von Angehörigen nationaler Minderheiten am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben und an öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere denjenigen, die sie betreffen.

**Art. 16**

Die Vertragsparteien sehen von Massnahmen ab, die das Bevölkerungsverhältnis in von Angehörigen nationaler Minderheiten bewohnten Gebieten verändern und darauf gerichtet sind, die Rechte und Freiheiten einzuschränken, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben.

**Art. 17**

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, nicht in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten einzugreifen, ungehindert und friedlich Kontakte über Grenzen hinweg zu Personen herzustellen und zu pflegen, die sich rechtmässig in anderen Staaten aufhalten, insbesondere zu Personen mit derselben ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität oder mit demselben kulturellen Erbe.

<sup>2</sup> Die Vertragsparteien verpflichten sich, nicht in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten auf Teilnahme an der Tätigkeit nichtstaatlicher Organisationen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene einzugreifen.

**Art. 18**

<sup>1</sup> Die Vertragsparteien bemühen sich, erforderlichenfalls zwei- und mehrseitige Übereinkünfte mit anderen Staaten, insbesondere Nachbarstaaten, zu schliessen, um den Schutz von Angehörigen der betroffenen nationalen Minderheiten sicherzustellen.

<sup>2</sup> Gegebenenfalls treffen die Vertragsparteien Massnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

**Art. 19**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze zu achten und zu verwirklichen und dabei Beschränkungen, Einschränkungen oder Abweichungen, soweit solche erforderlich sind, nur insoweit vorzunehmen, als sie in völkerrechtlichen Übereinkünften, insbesondere der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und den Protokollen dazu, vorgesehen und für die sich aus den genannten Grundsätzen ergebenden Rechte und Freiheiten von Belang sind.

**Abschnitt III****Art. 20**

Bei der Ausübung der Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, haben Angehörige einer nationalen Minderheit die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und die Rechte anderer, insbesondere diejenigen von Angehörigen der Mehrheit oder anderer nationaler Minderheiten, zu achten.

**Art. 21**

Die Bestimmungen dieses Rahmenübereinkommens sind nicht so auszulegen, als gewährten sie das Recht, irgendeine Tätigkeit auszuüben oder irgendeine Handlung vorzunehmen, die den wesentlichen Grundsätzen des Völkerrechts, insbesondere der souveränen Gleichheit, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der Staaten, zuwiderläuft.

**Art. 22**

Die Bestimmungen dieses Rahmenübereinkommens sind nicht als Beschränkung oder Minderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auszulegen, die nach den Gesetzen einer Vertragspartei oder nach einer anderen Übereinkunft, deren Vertragspartei sie ist, gewährleistet sind.

**Art. 23**

Die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, sind, soweit sie Gegenstand einer entsprechenden Bestimmung in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder den Protokollen dazu sind, in Übereinstimmung mit diesen zu verstehen.

## **Abschnitt IV**

### **Art. 24**

<sup>1</sup> Das Ministerkomitee des Europarats überwacht die Durchführung dieses Rahmenübereinkommens durch die Vertragsparteien.

<sup>2</sup> Vertragsparteien, die nicht Mitglieder des Europarats sind, nehmen am Durchführungsmechanismus in einer noch zu bestimmenden Art und Weise teil.

### **Art. 25**

<sup>1</sup> Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens für eine Vertragspartei übermittelt diese dem Generalsekretär des Europarats vollständige Informationen über die Gesetzgebungsmassnahmen und andere Massnahmen, die sie zur Verwirklichung der in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze getroffen hat.

<sup>2</sup> Danach übermittelt jede Vertragspartei dem Generalsekretär regelmässig und sooft das Ministerkomitee dies verlangt, jede weitere Information, die für die Durchführung dieses Rahmenübereinkommens von Belang ist.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär leitet die nach diesem Artikel übermittelten Informationen an das Ministerkomitee weiter.

### **Art. 26**

<sup>1</sup> Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Massnahmen, die von den Vertragsparteien zur Verwirklichung der in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze getroffen wurden, wird das Ministerkomitee von einem beratenden Ausschuss unterstützt, dessen Mitglieder anerkanntes Fachwissen auf dem Gebiet des Schutzes nationaler Minderheiten besitzen.

<sup>2</sup> Die Zusammensetzung dieses beratenden Ausschusses und sein Verfahren werden vom Ministerkomitee innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens festgelegt.

## **Abschnitt V**

### **Art. 27**

Dieses Rahmenübereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf. Bis zum Tag des Inkrafttretens liegt das Übereinkommen auch für jeden anderen vom Ministerkomitee dazu eingeladenen Staat zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.



**Art. 28**

<sup>1</sup> Dieses Rahmenübereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem zwölf Mitgliedstaaten des Europarats nach Artikel 27 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

<sup>2</sup> Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Rahmenübereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

**Art. 29**

<sup>1</sup> Nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens und nach Konsultation der Vertragsstaaten kann das Ministerkomitee des Europarats durch einen mit der in Artikel 20 Paragraph d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit gefassten Beschluss jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats, der nach Artikel 27 eingeladen wurde, zu unterzeichnen, dies aber noch nicht getan hat, und jeden anderen Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

<sup>2</sup> Für jeden beitretenden Staat tritt das Rahmenübereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

**Art. 30**

<sup>1</sup> Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt, bezeichnen, auf die dieses Rahmenübereinkommen Anwendung findet.

<sup>2</sup> Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Rahmenübereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Rahmenübereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

<sup>3</sup> Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

**Art. 31**

<sup>1</sup> Jede Vertragspartei kann dieses Rahmenübereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

<sup>2</sup> Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

### **Art. 32**

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates, anderen Unterzeichnerstaaten und jedem Staat, der diesem Rahmenübereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Rahmenübereinkommens nach den Artikeln 28, 29 und 30;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Rahmenübereinkommen.

*Zu Urkund dessen* haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Rahmenübereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Strassburg am 1. Februar 1995 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats und allen zur Unterzeichnung dieses Rahmenübereinkommens oder zum Beitritt dazu eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

*Es folgen die Unterschriften*

**Geltungsbereich des Übereinkommens am 16. Januar 2002**

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	In-Kraft-Treten
Albanien	28. September 1999	1. Januar 2000
Armenien	20. Juli 1998	1. November 1998
Aserbajdschan*	26. Juni 2000 B	1. Oktober 2000
Bosnien und Herzegowina	24. Februar 2000 B	1. Juni 2000
Bulgarien*	7. Mai 1999	1. September 1999
Dänemark*	22. September 1997	1. Februar 1998
Deutschland*	10. September 1997	1. Februar 1998
Estland*	6. Januar 1997	1. Februar 1998
Finnland	3. Oktober 1997	1. Februar 1998
Irland	7. Mai 1999	1. September 1999
Italien	3. November 1997	1. März 1998
Jugoslawien	11. Mai 2001 B	1. September 2001
Kroatien	11. Oktober 1997	1. Februar 1998
Liechtenstein*	18. November 1997	1. März 1998
Litauen	23. März 2000	1. Juli 2000
Malta*	10. Februar 1998	1. Juni 1998
Mazedonien*	10. April 1997	1. Februar 1998
Moldova	20. November 1996	1. Februar 1998
Norwegen	17. März 1999	1. Juli 1999
Österreich*	31. März 1998	1. Juli 1998
Polen*	20. Dezember 2000	1. April 2001
Rumänien	11. Mai 1995	1. Februar 1998
Russland*	21. August 1998	1. Dezember 1998
San Marino	5. Dezember 1996	1. Februar 1998
Schweden*	9. Februar 2000	1. Juni 2000
Schweiz*	21. Oktober 1998	1. Februar 1999
Slowakei	14. September 1995	1. Februar 1998
Slowenien*	25. März 1998	1. Juli 1998
Spanien	1. September 1995	1. Februar 1998
Tschechische Republik	18. Dezember 1997	1. April 1998
Ukraine	26. Januar 1998	1. Mai 1998
Ungarn	25. September 1995	1. Februar 1998
Vereinigtes Königreich	15. Januar 1998	1. Mai 1998
Zypern	4. Juni 1996	1. Februar 1998

\* Vorbehalte und Erklärungen siehe hiernach.

## **Vorbehalte und Erklärungen**

### **Aserbaidshchan**

In Bestätigung ihres Festhaltens an den universellen Werten sowie unter Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten erklärt die Republik Aserbaidshchan, dass die Ratifikation des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und die Durchführung seiner Bestimmungen nicht das Recht mit sich bringen, Handlungen zu begehen, die die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität oder die innere oder internationale Sicherheit der Republik Aserbaidshchan verletzen.

### **Bulgarien**

In Bestätigung ihres Bekenntnisses zu den Werten des Europarats und des Wunsches, Bulgarien in die europäischen Strukturen einzugliedern sowie der Politik zum Schutz der Menschenrechte und der Toleranz gegenüber Angehörigen von Minderheiten und ihrer Integration in die bulgarische Gesellschaft verpflichtet, erklärt die Volksversammlung der Republik Bulgarien, dass die Ratifikation und die Durchführung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten nicht das Recht einschliessen, Handlungen vorzunehmen, die die territoriale Unversehrtheit und Souveränität des einheitlichen bulgarischen Staates oder seine innere und internationale Sicherheit verletzen.

### **Dänemark**

Im Zusammenhang mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten durch Dänemark wird hiermit erklärt, dass das Rahmenübereinkommen auf die deutsche Minderheit in Südjütland im Königreich Dänemark Anwendung findet.

### **Deutschland**

Das Rahmenübereinkommen enthält keine Definition des Begriffs der nationalen Minderheiten. Es ist deshalb Sache der einzelnen Vertragsstaaten zu bestimmen, auf welche Gruppen es nach der Ratifizierung Anwendung findet. Nationale Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland sind die Dänen deutscher Staatsangehörigkeit und die Angehörigen des sorbischen Volkes mit deutscher Staatsangehörigkeit. Das Rahmenübereinkommen wird auch auf die Angehörigen der traditionell in Deutschland heimischen Volksgruppen der Friesen deutscher Staatsangehörigkeit und der Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit angewendet.

### **Estland**

Die Republik Estland versteht den Begriff «nationale Minderheiten», der im Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten nicht definiert ist, wie folgt: Als «nationale Minderheit» betrachtet werden diejenigen Staatsangehörigen Estlands, die

- im Hoheitsgebiet Estlands wohnhaft sind;
- seit langem bestehende, feste und dauerhafte Bindungen zu Estland pflegen;

- sich von den Esten aufgrund ihrer ethnischen, kulturellen, religiösen oder sprachlichen Eigenart unterscheiden;
- bemüht sind, zusammen ihre kulturellen Traditionen, ihre Religion oder ihre Sprache zu bewahren, die die Grundlage ihrer gemeinsamen Identität bilden.

### **Liechtenstein**

Das Fürstentum Liechtenstein erklärt, dass insbesondere die Artikel 24 und 25 des Rahmenübereinkommens vom 1. Februar 1995 zum Schutz nationaler Minderheiten unter Berücksichtigung der Tatsache zu verstehen sind, dass es nationale Minderheiten im Sinne des Rahmenübereinkommens im Hoheitsgebiet des Fürstentums Liechtenstein nicht gibt. Das Fürstentum Liechtenstein betrachtet die Ratifikation des Rahmenübereinkommens als Akt der Solidarität im Hinblick auf die Ziele des Übereinkommens.

### **Malta**

Die Regierung von Malta behält sich das Recht vor, nicht durch die Bestimmungen des Artikels 15 gebunden zu sein, soweit diese das aktive oder passive Wahlrecht für das Repräsentantenhaus oder für Gemeinderäte nach sich ziehen.

Die Regierung von Malta erklärt, dass insbesondere die Artikel 24 und 25 des Rahmenübereinkommens vom 1. Februar 1995 zum Schutz nationaler Minderheiten unter Berücksichtigung der Tatsache zu verstehen sind, dass es nationale Minderheiten im Sinne des Rahmenübereinkommens im Hoheitsgebiet der Regierung von Malta nicht gibt. Die Regierung von Malta betrachtet die Ratifikation des Rahmenübereinkommens als Akt der Solidarität im Hinblick auf die Ziele des Übereinkommens.

### **Mazedonien**

Die Republik Mazedonien erklärt,

1. dass der Begriff «nationale Minderheiten» im Sinne des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten als dem Begriff «Volksgruppen» im Sinne der Verfassung und der Gesetze der Republik Mazedonien gleichbedeutend verstanden wird;
2. dass das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten auf die nationalen Minderheiten der Albaner, Türken, Walachen, Roma und Serben Anwendung findet, die im Hoheitsgebiet der Republik Mazedonien leben.

### **Österreich**

Die Republik Österreich erklärt, dass sie für sich den Begriff «nationale Minderheiten» im Sinne des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten so versteht, dass er jene Gruppen verzeichnet, die in den Anwendungsbereich des Volksgruppengesetzes (Bundesgesetzblatt Nr. 396/1976) fallen und die in Teilen des Hoheitsgebiets der Republik Österreich leben sowie traditionell dort beheimatet sind und deren Angehörige österreichische Staatsbürger sind, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die ihre eigene ethnische Kultur haben.

**Polen**

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten keine Bestimmung des Begriffs der nationalen Minderheiten enthält, erklärt die Republik Polen, dass sie darunter nationale Minderheiten versteht, die im Hoheitsgebiet der Republik Polen ihren Aufenthalt haben und deren Angehörige gleichzeitig polnische Staatsangehörige sind.

Die Republik Polen wird das Rahmenübereinkommen nach Artikel 18 des Übereinkommens durchführen, indem sie die in diesem Artikel bezeichneten völkerrechtlichen Übereinkünfte schliesst, deren Ziel es ist, nationale Minderheiten in Polen und Minderheiten oder Gruppen von Polen in anderen Staaten zu schützen.

**Russland**

Die Russische Föderation vertritt die Auffassung, dass niemand berechtigt ist, in bei der Unterzeichnung oder Ratifikation des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten angebrachte Vorbehalte oder abgegebene Erklärungen einseitig eine Definition des Begriffs «nationale Minderheit» aufzunehmen, die im Rahmenübereinkommen nicht enthalten ist. Nach Auffassung der Russischen Föderation stehen Versuche, Personen aus dem Anwendungsbereich des Rahmenübereinkommens auszuschliessen, die ihren ständigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet von Staaten haben, die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens sind, und denen eine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen worden ist, die sie früher besaßen, im Widerspruch zum Zweck des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten.

**Schweden**

Nationale Minderheiten in Schweden sind die Lappen (Samen), die schwedischen Finnen, die Tornedalen-Finnen, die Roma und die Juden.

**Schweiz**

Die Schweiz erklärt, dass in der Schweiz nationale Minderheiten im Sinne des Rahmenübereinkommens die Gruppen von Personen sind, die dem Rest der Bevölkerung des Landes oder eines Kantons zahlenmässig unterlegen sind, die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, seit langem bestehende, feste und dauerhafte Bindungen zur Schweiz pflegen und von dem Willen beseelt sind, zusammen das zu bewahren, was ihre gemeinsame Identität ausmacht, insbesondere ihre Kultur, ihre Traditionen, ihre Religion oder ihre Sprache.

Die Schweiz erklärt, dass die Bestimmungen des Rahmenübereinkommens, die den Gebrauch der Sprache im Verhältnis zwischen Einzelpersonen und Verwaltungsbehörden regeln, unbeschadet der von der Eidgenossenschaft und den Kantonen bei der Festlegung der Amtssprachen angewandten Grundsätze gelten.

**Slowenien**

Da das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten keine Definition des Begriffs der nationalen Minderheiten enthält und es daher Sache des einzelnen Vertragsstaats ist zu bestimmen, welche Gruppen er als nationale Minderheiten betrachtet, erklärt die Regierung der Republik Slowenien im Einklang mit der Ver-

fassung und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften Sloweniens, dass dies die autochthonen italienischen und ungarischen Minderheiten sind. Im Einklang mit der Verfassung und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften Sloweniens findet das Rahmenübereinkommen auch auf die Mitglieder der Gemeinschaft der Roma Anwendung, die in der Republik Slowenien leben.